

3.2 Kräfteverhältnisanalyse

Im Anschluss an die rekonstruktive Konstitutionalisierungsanalyse und in Ergänzung dieser beabsichtigt die *erweiterte Kontextanalyse* den »historisch-dynamischen und strukturellen Kontext« (Buckel et al. 2014, 54), in den sich die herausgearbeiteten Staatlichkeitstransformationen einbetten, erweitert herauszuarbeiten. Die *Erweiterung* der historischen Kritik im Rahmen der politikwissenschaftlichen Dokumentenanalyse ergibt sich dabei aus dem Verständnis von Staatlichkeit als soziales Verhältnis. Mit ihm erweitert sich der Fokus vom institutionell-apparatlichen zum gesamtgesellschaftlichen Kontext; schließlich bildet die Kontextanalyse den ersten Schritt der HMPA, deren Kernanliegen die Untersuchung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse darstellt. Dabei dient sie dem Ziel, »unterschiedliche historisch-strategische Prozesse [zu] identifizieren, welche zusammengenommen zentrale Elemente der historischen Situation beschreiben, auf die Akteur_innen mit politischen Projekten institutioneller Veränderung strategisch-rekursiv reagieren.« (Ebd., 55)

Die Aufarbeitung der »geschichtlichen und strukturellen Schichten« (ebd.) erfolgt sekundäranalytisch anhand vier spezifischer Betrachtungsfokusse. So gilt es, im ersten Schritt den *historisch-politischen Kontext* aufzuarbeiten. Die historische Verwurzelung der Staatlichkeitstransformationen in Zeiten der Euro-Krise kann dabei mit Rückbezug auf sogenannte *politische Projekte* dargestellt werden. Es handelt sich in der Terminologie der HMPA bei politischen Projekten »um besondere, konkrete politische Initiativen [...], die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen« (Bieling & Steinhilber 2000b, 16; vgl. Buckel et al. 2014, 48). Politische Projekte stellen in gewisser Weise Medien des Kampfes um Hegemonie dar. Sie dienen der Durchsetzung »begrenzte[r], konkrete[r] politische[r] Vorhaben« (Buckel et al. 2014, 48) und sind als solche die Operationseinheit für die als Hegemonieprojekte zu bezeichnenden übergeordneten Kräftekonstellationen (vgl. ebd., 47; s.u.). Politische Projekte sind »zugleich Terrain und Durchsetzungsvehikel« (ebd., 48) und beschreiben nicht nur (historische) politische Dynamiken, sondern auch die der Staatlichkeit durch sie eingeschriebenen, partikularen Ordnungs- und leitbildlichen Vorstellungen. Die politischen Projekte, die den Weg zur EWWU – so wie sie uns am Vorabend der Euro-Krise entgegentritt – ebneten, bilden insofern zugleich auch historische Kräfteverhältnisse ab und bieten einen Eindruck der verdichteten Materialität im Inneren der EU-Staatlichkeit. Diese gilt es im zweiten Teilschritt anhand der Beschreibung des *juristischen Kontextes* darzustellen, der sich aus dem gegebenen EU-Rechtsrahmen ergibt. Nur wenn die EU-Staatlichkeit in ihrer vertraglich-fixierten Verfasstheit einbezogen wird, lassen sich die Staatlichkeitsveränderungen in Zeiten der Euro-Krise empirisch nachzeichnen. Der juristische Rahmen verweist bereits auf den *ökonomischen Kontext*, da in den Verträgen jene wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen kodiert werden, die in den der Euro-Krise vorausgegangenen ökonomisch-dominierten Krisenphasen von Bedeutung sind, insbesondere wenn hierdurch das bis dato propagierte Wachstumsmodell, beziehungsweise die Akkumulationsstrategie ins Wanken gerät. In diesem Zusammenhang sind auch die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Traditionen auf Ebene der Mitgliedstaaten von nicht geringer Brisanz, da ihnen einerseits bereits Kompromisse bei der Kodierung der EU-Wirtschaftsverfassung

abverlangt wurden, die andererseits bei der Formulierung eines neuen Wachstumsmodells im Anschluss an eine Krise zu Blockadehaltungen führen können. Schließlich sind es die wirtschaftlichen Herausforderungen einer Krise, die nicht zuletzt auch den ökonomischen Kontext determinieren. Dieser wiederum steht im engen Bezug zu den *gesellschaftlich-politischen Kontextbedingungen*. Hierbei spielen neben aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen in den politischen Institutionen insbesondere gesellschaftliche Konjunkturen, Diskurse und Stimmungslagen eine wichtige Rolle im Rahmen der Kontextfaktoren. Alle vier Aspekte – historisch-politischer, juristischer, ökonomischer und gesellschaftlich-politischer Kontext – repräsentieren zusammengekommen jene historische Konstellation, auf die politisch zu reagieren ist, um in diesem Fall die Euro-Krise ›bewältigen‹ zu können.

Anschließend an die herausgearbeiteten historisch-dynamischen und strukturellen Kontextbedingungen schließt sich in der Abfolge der HMPA die *Akteursanalyse* an. Ihr liegt das Ziel zu Grunde, die gesellschaftliche Akteurskonstellation zu identifizieren, innerhalb der die einzelnen Akteur*innen unterschiedlich auf den dargestellten Kontext reagieren. In den Worten von Buckel et al. (2014, 56) geht es in diesem Teilschritt entsprechend darum, die »gegensätzlichen Strategien zu identifizieren, mit denen gesellschaftliche Kräfte rekursiv auf die in der Kontextanalyse herausgearbeitete[n] historische[n] Situation bzw. auf die zentralen Probleme und Fragen im Mittelpunkt des Konfliktes reagiert haben.« In der HMPA nehmen hierbei sogenannte *Hegemonieprojekte* eine zentrale Stellung ein, anhand derer »die herausgearbeiteten Strategien und ihre Protagonist_innen [...] zusammengefasst werden.« (Ebd.) Die genaue Analyse der Hegemonieprojekte und insbesondere ihrer Machtressourcen wiederum ermöglicht es, eine »Einschätzung der relativen Position der Hegemonieprojekte im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis [...] zu entwickeln.« (Ebd., 57) Hegemonieprojekte lassen sich als »Verdichtungen bzw. die meist unbewussten und indirekten Verknüpfungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten« (Kannankulam & Georgi 2012, 34), charakterisieren. Mit dieser Definition klingt bereits an, wodurch sich die konkurrierenden Hegemonieprojekte voneinander unterscheiden: Die Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ schlägt vor,

»die Vielfalt von gesellschaftlichen und politischen Kämpfen entlang jener Strategien analytisch zu ordnen, die Akteur_innen in dem durch die Forscherin untersuchten Konflikt verfolgen. Diese Strategien bilden sich vor dem Hintergrund der jeweiligen Situations- und Problemanalyse [...] von Akteur_innen heraus, aus denen wiederum spezifische politische Rationalitäten zur Erreichung ihrer – auch längerfristig angelegten – Ziele resultieren.« (Buckel et al. 2014, 45f.)

Hegemonieprojekte stellen somit »Bündel von Strategien« (ebd.) dar. Dabei gilt es definitorisch darauf hinzuweisen, dass sich die Hegemonieprojekte als politikfeld-übergreifende Kräftekonstellationen begreifen lassen, die »in unterschiedlichen Politikfeldern große Ähnlichkeiten auf[weisen]«, deren verfolgte »Strategien [...] sich jedoch in unterschiedlichen Politikfeldern und Konflikten spezifisch aus[prägen]« (ebd., 47) können. Noch einmal anders formuliert, versuchen die an den Hegemonieprojekten »beteiligten AkteurInnen [...], ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse

zu machen« (Kannankulam & Georgi 2012, 34) und das Hegemonieprojekt so zu einem *hegemonialen Projekt* werden zu lassen. Wichtig dabei festzuhalten ist, dass die Handlungen der Akteur*innen eines Hegemonieprojekts »in den hegemonialen Vorstellungen und Praxen in der Zivilgesellschaft und im Alltagsverständ konsensual verankert sind und dort eine Entsprechung haben« (Buckel et al. 2014, 46) müssen, damit ein Hegemonieprojekt zu einem hegemonialen Projekt werden kann. Hegemoniale Projekte verweisen entsprechend auf erfolgreich operierende Hegemonieprojekte, die ihre partikularen Werte- und Ordnungsvorstellungen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verallgemeinern, konsensualisieren und durchsetzen oder kurzgefasst: eine hegemoniale Stellung einnehmen konnten. In »diskursiven (Deutungs-)Kämpfen« stelle sich dabei schließlich heraus, »ob und in welchem Maße [...] Projekte eine gewisse hegemoniale Ausstrahlungsfähigkeit erlangen« (Bieling, Haas & Lux 2013, 235f.) können.

Innerhalb der einzelnen Hegemonieprojekte gilt es im Sinne ihres Verdichtungscharakters des Weiteren darauf hinzuweisen, dass sie nicht als »einheitlich und homogen« (Buckel et al. 2014, 47) angesehen werden können, da sich in ihnen »die Strategien unterschiedlicher Akteur_innen miteinander verknüpfen« (ebd.). Hegemonieprojekte stellen selber Kompromissstrukturen dar, in denen sich die unterschiedlichen Fraktionen unter der Führung einer dieser Fraktionen gemeinsam in Richtung auf die geteilten Vorstellungen vereinen (vgl. ebd.). Wichtig für das Verständnis der HMPA-Analysekategorien ist, zu erwähnen, dass Hegemonieprojekte lediglich »in der Auseinandersetzung [existieren]« (ebd., 49) und daher »nur anhand des Engagements ihrer Akteur_innen im Kampf um konkrete Projekte analysiert werden können.« (Ebd., 48f.) Eine umfassende, primärquellengestützte Akteursanalyse im Sinne der HMPA würde dabei vier aufeinander aufbauenden Teilschritten folgen (vgl. ebd., 56ff.). In der vorliegenden Arbeit soll hingegen lediglich eine reduzierte Form zur Anwendung kommen, die sich auf Sekundärquellen stützt. Die gesellschaftlichen Hegemonie- und Kräfteverhältnisse in Zeiten der Euro-Krise werden dabei aus bereits vorliegenden Untersuchungen rekonstruiert und aufbereitet, um hieraus »eine Einschätzung der relativen Position der Hegemonieprojekte im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis im untersuchten Konflikt« – also der Auseinandersetzung um die kriseninduzierten Transformations- und aus Ausbauprozesse der EU-Staatlichkeit – »zu entwickeln.« (Ebd., 57) Hierbei sollten zugleich die relevanten und »zentralen Akteur_innen des Hegemonieprojekts benannt werden, also Gruppen, Organisationen, Verbände, Parteien bzw. Vereinigungen oder Flügel innerhalb von Parteien, soziale Bewegungen, Medien, Think Tanks, Netzwerke, Unternehmen, Kapitalfraktionen und deren Sprecher_innen.« (Ebd.)

In der die HMPA-abschließenden *Prozessanalyse* werden die Ergebnisse der Kontext- und der Akteursanalyse zueinander in Beziehung gesetzt, um »die komplexen Kampfprozesse, in denen sich der Konflikt durch verschiedene Phasen entwickelt« (ebd., 58), rekonstruieren zu können. Die Prozessanalyse bildet das Herzstück der dreischrittigen HMPA, da sich erst in ihr ein vollständiges Bild zusammensetzt. Der »Prozess« sei demnach ausgehend

»von den (unterschiedlichen) Problemdefinitionen zentraler Akteure, über die politische[n] Projekte zu ihrer Lösung und den entsprechenden gesellschaftlichen Kämpfen

um eine Politik hin zu der Fixierung eines vorläufigen Kräfteverhältnisses und schließlich zu dessen materieller Verdichtung in Institutionen, Gesetzen und Staatsapparaten» (Kannankulam & Georgi 2012, 40)

nachzuzeichnen. Eine solche Rekonstruktion liefert somit eine fundierte Erklärung dafür, wie sich die Transformationen und der Ausbau der EU-Staatlichkeit als Ausdruck dieser materiellen Verdichtungsprozesse einordnen lassen.

3.3 Verdichtungsanalyse

Wie bereits einleitend dargestellt, bedarf es für eine historisch-materialistische Politikanalyse, die sich als Staatlichkeitsanalyse begreift, anschließend an die drei klassischen HMPA-Schritte eines weiteren Analyseschrittes, der die materiellen Verdichtungen in den Apparaten abschließend noch einmal eingehender beleuchtet (vgl. Kannankulam & Georgi 2012, 37). Der hier gesetzte Fokus liegt auf der theoretisch hergeleiteten Notwendigkeit zur Herstellung der Einheit der Staatlichkeit. In der hier vorgeschlagenen Variante einer *Verdichtungsanalyse* wird dabei beabsichtigt, die gewonnenen Erkenntnisse der vorausgegangenen Prozessanalyse – also den Verdichtungsprozessen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in der konkreten Auseinandersetzung über die Euro-Krisenbewältigungspolitik und der in ihr angelegten Staatlichkeitstransformationen – mit den Ergebnissen der rekonstruktiven Konstitutionalisierungsanalyse zu kontrastieren. Es drängt sich dabei die Frage auf, inwiefern im Sinne vollkommener Staatlichkeit und der Überlegungen zu den Krisentheorien die extrahierten EU-Staatlichkeitsveränderungen in Zeiten der Euro-Krise einem expliziten Narrativ oder einem verbindenden Staatlichkeitstelos folgen. Oder in den theoretisch hergeleiteten Termini dieser Arbeit ausgedrückt: Inwiefern sich die Staatlichkeitstransformationen an einem Staatsprojekt orientieren, das sich entsprechend durch die Politik zur Krisenbewältigung in der krisentransformierten EU-Staatlichkeit verdichten konnte.

Im Anschluss an die theoretischen Einführungen zum Staatsprojekt (Kap. 2.4) und den im Rahmen der HMPA-Operationalisierung dargestellten Ausführungen zur Untersuchung von Hegemonieverhältnissen lässt sich annehmen, dass das Staatsprojekt in gewisser Weise von dem Hegemonieprojekt initiiert wird, welches durch die erfolgreiche Implementierung politischer Projekte zu einem hegemonialen Projekt werden konnte, dass es gar eine notwendige Voraussetzung eines Hegemonieprojekts ist, über eine Akkumulationsstrategie und eine »konkrete Strategie zur Anordnung der politischen Institutionen« zu verfügen, um überhaupt hegemonial werden zu können (Buckel et al. 2014, 45). Somit wird bereits durch den Kampf um politische Projekte der Boden für ein Staatsprojekt bereitet. Die Auseinandersetzung um die Politik zur Bewältigung der Euro-Krise kann dementsprechend als ein Teil der sozialen Praxis zur Implementierung von Staatlichkeitsvorstellungen und der damit verbundenen Zielbestimmung von Staatlichkeit gelten (vgl. Wissel 2019, 45). Letztlich wird »ein hegemoniales Staatsprojekt [...] in der Regel von einem hegemonialen Projekt dominiert, gleichwohl schreibt sich [aber zugleich; J.G.] eine Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte in das Staatsprojekt ein.« (Wissel 2015, 28) Die Verallgemeinerung und Konsensualisierung des Staatlichkeitstelos